

ZeitZeugenBrief

Wir organisieren und vernetzen Erinnerungsarbeit ❖ September 2018



Prof. Dr. Tatiana Timofeeva

Foto: Geffers

„Der Sieger nimmt alles“.

von Dr. Harald Jancke, *Zeitzeuge*

Jeder von uns weiß irgendwie, dass im Zuge der deutschen Besetzung in den europäischen Ländern eine riesige Anzahl von Kunstwerken geraubt wurde. Ein großer Teil war für das gigantische Kunstmuseum vorgesehen, das Hitler in Linz plante. Um den erbeuteten Kunstschatz zu schützen, griffen die Nazis auf vermeintlich sichere Verstecke zurück. Beispielsweise wurden im österreichischen Altaussee 6500 Gemälde, 1500 Bücherkisten und Hunderte von anderen Kunstwerken in Salzbergwerken

gefunden. Auch zahlreiche eigene wertvolle Museumsschätze wurden an sichere Orte (etwa das Bergwerk Merkers in Thüringen) verbracht, um sie vor Kriegseinwirkungen zu schützen. Beides ist manchmal schwer voneinander zu trennen.

Inhalt	Seite
Der Sieger nimmt alles	1
Eine Überlebende in Berlin	3
Über Gegenwart und Zukunft ...	5
Einsatz als Zeitzeugin	6
Suchmeldungen	7
Gratulationen	7
Ankündigungen/Impressum	8

Noch komplizierter wird die Geschichte durch den Kunstraub aus jüdischem Besitz und die Verlagerung von Kunst im Zusammenhang mit der Plünderung sog. „entarteter Kunst“ aus den Museen. Kunstfunde der West-Alliierten (etwa die Büste der Nofretete), selbst aus Privathand, wurden später an Deutschland zurückgegeben.

Besonders dramatisch war der Kunstraub auf sowjetischem Territorium (etwa das Bernsteinzimmer). Andererseits ist auch bekannt, dass während und nach dem zweiten Weltkrieg große Mengen von Kulturgütern aus Deutschland in die Sowjetunion verbracht wurden (etwa der „Goldschatz des Priamos“).

All das ist sehr verwirrend und unübersichtlich. Umso mehr war zu begrüßen, dass am 12.7.2018 in Potsdam im Zentrum für Zeitgeschichte ein Vortrag über das Thema *„Auswahl, Entziehung und Verlagerung der Kunst- und Kulturgüter aus der SBZ, 1945 - 1948: neue Quellen aus russischen Archiven und dem Landeshauptarchiv Brandenburg“* von Frau Dr. Tatiana Timofeeva stattfand, einigen von uns durch gemeinsame Filmprojekte bekannt. So kompliziert der Titel, so schwierig die Materie. Aus der traditionellen Losung „der Sieger nimmt alles“, der für alle Kriegszüge gilt, wurde in der Sowjetunion der Begriff „Kompensatorische Restitution“ und meint die gezielte Beschlagnahme von Kulturgütern im besetzten Deutschland als Ausgleich für die unermesslichen Kriegsschäden. Dabei ist festzustellen, dass unter Kulturgütern alles verstanden wurde, was irgendwie nach bürgerlicher Kultur aussah, und egal ob ursprünglich deutsch, oder von den Nazis aus den besetzten Gebieten der UdSSR oder im übrigen Ausland mitgenommen wurde. Diese Beschlagnahme betrifft nicht die privaten Raubzüge, die bereits im Oktober 1945 vom Ministerrat der UdSSR streng verboten, allerdings nicht sofort und überall eingestellt worden waren. Es sollte um eine staatliche Maßnahme gehen, die sich anfänglich auf Kulturgüter

bezog, die bereits während der 20er Jahre in einer Art „Kulturrevolution“ durch Verkauf ins Ausland verbracht worden waren. Dazu wurde schon während des Krieges ein dreistufiger Prozess in Gang gesetzt, der von höchster Ebene (Direktive) über die Ebene der Kunstexperten bis zu der exekutiven Ebene straff organisiert war. Die Güter, die laut Listen beschlagnahmt werden sollten, reichen über unseren Begriff der Kultur, d.h. Gemälde, Skulpturen, Noten, Möbel und Medien in Bibliotheken weit hinaus bis hin zu den Leipziger Zootieren und den Zitruspflanzen der Potsdamer Orangerie. Dabei wurden von offensichtlichen Kennern der Materie detaillierte Listen ganzer Bibliotheksarchive zusammen gestellt.

Es ist festzustellen, dass beide Vorgänge, der Kunstraub durch Deutschland und der im besetzten Deutschland ein Verstoß gegen die Haager Landkriegsordnung von 1907 bedeutet. Nachweisbar ist gelegentlich eine „Kooperation“ mit deutschen Kunstexperten, die sowohl freiwillig als auch nach dokumentierten Verhören erfolgte.

Wie bei den Geräten und Einrichtungen von Wissenschaft und Technik sind auch die Kulturgüter teilweise unqualifiziert abgebrochen und abtransportiert worden. Dann erlitten sie ein schwieriges Schicksal aufgrund der strittigen Zuordnung zu Einrichtungen des Militärs, der Wirtschaft, der Geschichte oder Kultur und ihrer Unterbringung an unterschiedlichen Orten. Problematisch war gelegentlich die Zuordnung der geraubten zu den eigenen Archivbeständen. Manchmal wurden die Kunstwerke in Museumsbestände aufgenommen oder in Depots in Moskau, Leningrad oder Kiew untergebracht.

Der Direktor der Ermitage plädierte für einen großangelegten Raubzug für ein späteres Trophäenmuseum in Moskau, das dann aber doch nicht eingerichtet wurde. Seit den 1950er Jahren wurden zahlreiche Kunstwerke, häufig mit großer Medienresonanz, aus der SU wieder zurückgeführt (etwa 1958 der Pergamon-Altar, 1959 die

„Sixtinische Madonna“, oder 2002 die Kirchenfenster der Marienkirche von Frankfurt/Oder). Der Vorgang wurde in der DDR als Rettung vor der Vernichtung bezeichnet und die Kulturoffiziere zu Helden stilisiert, wie etwa J.F. Ludschuweit, der „Retter von Sanssouci“.

Noch heute befinden sich mehr als 200.000 Kunstwerke, über vier Millionen Bücher und Archivgut von drei Regalkilometern Länge aus deutscher Provenienz in Russland (Wikipedia). Der Wert dieser Güter ist auch nicht annähernd abzuschätzen.

Nach dem Deutsch-Sowjetischen Vertrag von 1990 und dem Vertrag über kulturelle Zusammenarbeit von 1992 sollten unrechtmäßig verbrachte Kulturgüter beiderseits zurückgegeben werden. Im Gegensatz dazu steht das 1998 erlassene und 1999 vom russischen Verfassungsgericht bestätigte Föderale Gesetz (sog. „Beutekunstgesetz“) über die infolge des Zweiten Weltkriegs in die UdSSR verbrachten und sich im Hoheitsgebiet der Russischen Föderation befindenden Kulturgüter, die zum Eigentum des russischen Volkes erklärt werden. Ausgenommen werden nur Kulturgüter religiöser Einrichtungen oder solche, die NS-verfolgungsbedingt entzogen wurden. Seither werden Kunstwerke aus diesem Bestand öffentlich gezeigt, gelegentlich mit dem Zusatz „Aus Deutschland, 1945“. Tatiana Timofeeva hat sich bemüht, einen Großteil der zugrunde liegenden russischen Dokumente einzusehen und im Vortrag zu präsentieren, sie stellte aber fest, dass Vieles nicht zugänglich und für immer unklar bleibt.

In der anschließenden lebhaften Diskussion wurde klar, dass für Stalin Wissenschaft und Technik wichtiger waren als Kultur und deshalb bei dem Kulturraub viel Willkür herrschte und dieser sogar lange Zeit überhaupt abgestritten wurde. Es gab auch keinen Unterschied zu Kirchenkunst und keine Verfügung, was nicht mitgenommen werden sollte. Bis 2014 wurden erste Versuche unternommen, den Gesamtbestand an Beutegütern digital zu erfassen, immerhin ein Schritt in die Richtung von Klarheit und vielleicht auch Rechtsbewusstsein.

Eine Überlebende in Berlin

Von Eveline Plato

Zum Halbkreis am 19. Juli hatten wir Frau Ruth Winkelmann im Amerikahaus zu Gast. Da sitzt uns eine Frau gegenüber, die vor reiner Lebensfreude strotzt und der man in keinem Fall abnehmen will, dass sie in diesem Jahr ihr 9. Lebensjahrzehnt vollendet. Vor diesem Hintergrund berichtete uns Frau Winkelmann über ihr Leben und Überleben während des Holocaust und der Nachkriegszeit, was bei allen zuerst Betroffenheit und Sprachlosigkeit, dann aber Anteilnehmende Nachfragen auslöste.

Ihre Großeltern väterlicherseits besaßen ein Abrissunternehmen mit angegliedertem Schrotthandel an der Rossstrasse in Berlin-Mitte. Die Falkenstraße 16 war die Gegend Ihrer Kindheit und auch die Adresse ihrer Synagoge. Die Vorfahren der Familie kamen 1492 wegen der fortschreitenden Christianisierung aus Spanien ins heutige Deutschland. Mütterlicherseits liegen die Wurzeln in West- und Ostpreußen. Die Familie praktizierte ein liberales Judentum. Der Großvater meldete sich freiwillig im 1. Weltkrieg zum Kriegsdienst und kam durch einen Giftgasanschlag erblindet zurück. Dieses hinderte die Familie in keiner Weise, die Firma weiterzuführen. Nunmehr wurde sie von der Großmutter geleitet, wobei der Großvater trotz seiner Erblindung immer mit eingebunden war.



Ruth Winkelmann

Foto: Behrendt

Frau Winkelmann ging in die jüdische Mädchenschule, wo sie während der Grundschulzeit an einem Nervenfieber erkrankte und dem Schulunterricht zwei Jahre fernbleiben musste. Dieser Erkrankung und der weiteren Entwicklung geschuldet hat sie insgesamt nur 4 ½ Jahre in der Grundschule verbracht. Ihrem Wunsch, nach 1945 in eine reguläre Volksschule aufgenommen zu werden, wurde nicht entsprochen mit dem Hinweis der Schulbehörde, dass sie mit 16 Jahren zu alt sei. Das war für sie nach 1945 eine der schlimmsten Diskriminierungen. Sie hat dann eine Schneiderlehre beginnen können und den Abschluss mit Bravour geschafft, wobei man sie während der dreijährigen Berufsschule kräftig unterstützt hat.

Während des Krieges wurde Frau Winkelmann zur Zwangsarbeit heran gezogen. Sie musste 56 Std. pro Woche in einer Konfektionsfirma arbeiten, entweder am Tag oder in der Nacht. In dieser Firma wurden Kriegsuniformen ausgebessert und überarbeitet, wobei es sich nicht immer um gut gewaschene Uniformen handelte. Frau Winkelmann fühlte sich in dieser Firma relativ sicher. Es wurde während ihrer Zeit keiner angezeigt noch verhaftet.

9 November 1938: Da ihre Familie in Hohen Neuendorf wohnte, hat Frau Winkelmann erst am nächsten Morgen – also am 10. November - auf dem Weg zum Geschäft der Großeltern und zur Schule erfassen können, was in der vorangegangenen Nacht – der sogenannten Reichspogromnacht – geschehen ist. Davon war auch die Firma der Großeltern nicht verschont geblieben. Überall tauchten dann Schilder auf „Für Juden verboten“.

Frau Winkelmann ließ dann ein Familienbild aus besseren Tagen herumgehen. 15 der abgebildeten Personen wurden ermordet. Die Großeltern wurden nach Theresienstadt verschleppt und umgebracht.

1939 gab es für die jüdische Bevölkerung nur noch eingeschränkt Lebensmittelkarten. Man unterschied zwischen Geltungsjuden und Mischlingen 1. Grades. Geltungsjuden war man, wenn ein Elternteil Jude war und man musste einen Stern tragen. Für

Mischlinge 1. Grades galt dieses nicht, und sie wurden von den Nazis auch weitaus weniger diskriminiert. Frau Winkelmann und ihre Schwester (geboren 1937) blieben jedoch Geltungsjuden, weil sie im September 1935 und auch danach noch Mitglied der jüdischen Gemeinde waren.

Die Eltern von Frau Winkelmann stellten einen Arisierungsantrag, der jedoch nie bearbeitet wurde. Vom zuständigen Amt im Rathaus Hohen Neuendorf kam automatisch der Vorschlag zur Zwangsscheidung, die dann sofort vollzogen wurde. Der Vater war als Jude nicht mehr geschützt, wurde nunmehr „Freiwild“. Frau Winkelmann sah ihren Vater danach selten. Er wurde später nach Auschwitz deportiert, wo er auch starb.

Ab 1941 durften jüdische Mitbürger nur noch zwischen 16.00 und 17.00 h einkaufen. Ein Cousin von Frau Winkelmann wollte schon um 15.45 h einkaufen, weil er zur Arbeit musste. Er wurde verhaftet und nach Riga abtransportiert.

Im März 1943 wurde Frau Winkelmann beim Besuch ihrer Tante (einer Schwester der Mutter und Beamtin) verhaftet. Sie trug auch zu diesem Zeitpunkt keinen Stern. In der Sammelstelle in der Großen Hamburger Straße konnte durch das starke Auftreten ihrer Mutter, die immer darauf hinwies, dass das Kind blutsmäßig Mischling 1. Grades sei, eine Deportation verhindert werden. Viele Jahre später nach dem Tod der Mutter fand Frau Winkelmann in den Nachlassunterlagen Vorladungen, datiert 16.1. und 9. 4. 1943 zur Deportation. Diese hatte die Mutter einfach ignoriert!!!!!!

In der Wohnung in der Pappelallee in Pankow, wo die kleine Familie nunmehr lebte, war man nicht mehr sicher, und so nahm man das Angebot an, in eine Laube auf einer Kleingartenkolonie in Reinickendorf zu ziehen. Ein Herr Lindenberg – NSDAP-Mitglied, aber tief im christlichen Glauben verwurzelt, stellte seine Laube zur Verfügung. Er hatte zu diesem Zeitpunkt schon seine Einberufung an die Ostfront. Offiziell galt die kleine Familie als ausgebombt, und da auf der Laubenkolonie schon einige Leute wohnten, die ausgebombt waren, u.a. auch ein

Ortsgruppenleiter, war man relativ sicher. Es wurde auch keiner verhaftet. Wenn Fliegeralarm war, gab es in der Umgebung 3 Bunker. Diese Bunker waren für die Firmenmitglieder (z.B. Deutsche Waffen und Munition DWM) gedacht und somit gab es auch keine Kontrollen. Man war auch hier sicher.

Da die Sicherheitslage für Frau Winkelmann stetig bedrohlicher wurde, gab ihr 1944 ein Arzt den Rat, sich den Blinddarm herausnehmen zu lassen. Sie befolgte den Rat und obwohl nicht krank, ließ sie sich im jüdischen Krankenhaus operieren. So war sie für eine geraume Zeit in gewisser Sicherheit.

Im März 1945 verstarb ihre kleine Schwester an Diphtherie. Am 23. 4. 1945 wollte man Frau Winkelmann in der Wohnung in der Pappelallee noch verhaften. Zu diesem Zeitpunkt waren die Russen schon in Reinickendorf. Das Überleben in der Laube, die eigentlich nur aus einem Bretterverschlag bestand, war unmenschlich. Nachbarn halfen beim Überleben. Eine Nachbarsfrau, die im Luftfahrtministerium in der Küche beschäftigt war, brachte Essen mit und so wurden sie wenigsten vier Wochen lang durchgefüttert. Das Kriegsende und die Zeit danach haben sie überlebt mit ½ Zentner Haferkörnern und 1 Zentner rote Rüben. Die Haferkörner wurden in der Kaffeemühle gemahlen. Das ergab bei einem Mahlgang 2 EL Mehl und die wurden in die Suppe aus Rüben eingerührt.

1945 nach Kriegsende und Beginn der Lehre ist Frau Winkelmann morgens 3 Std. nach Charlottenburg gelaufen, absolvierte 8 Std. Lehrzeit und lief dann wieder 3 Std. zurück. Erst im September 45 fuhren die ersten Züge von Hermsdorf zum Nordbahnhof. Von dort lief sie dann bis zum „Knie“ (heute Ernst-Reuter-Platz). Da die Brücken alle zerstört waren, wurde man herüber gerudert; das kostete 5 Pfg..

Für die Zwangsarbeit während des Krieges erhielt Frau Winkelmann DM 50,-- als Entschädigung zur monatlichen Rente hinzu. Einen Antrag auf Wiedergutmachung hat sie erst im letzten Moment gestellt, nachdem sie erfahren hatte, dass alle

Kriegerwitwen von 1945 das Geld nachgezahlt bekommen haben. Das war der Auslöser für sie, nicht auf ihr Geld zu verzichten.

Im Jahr 2002 wurde Frau Winkelmann in Danzig (!) auf ihre Kette mit dem Davidstern angesprochen und man fragte sie, wo und wie sie überlebt hätte und ob sie dieses auch den Schülern der Fragenden erzählen würde. Nach einiger Bedenkzeit – denn sie hatte erst 1977 in der eigenen Familie über ihre Erlebnisse gesprochen – sagte sie zu, ohne zu wissen, dass die Schule in Baden-Baden ist. Keine Hürde für Frau Winkelmann! Da wurden die Koffer gepackt und ab ging es nach Baden-Baden. Seit dieser Zeit ist sie unentwegt unterwegs, um über ihr Leben während der Nazizeit zu berichten.

Frau Winkelmann trug auch bei ihrem Vortrag ihre Kette mit dem Davidstern, betonte aber, dass sie diesen nur öffentlich bei Vorträgen trägt, ansonsten nur unsichtbar, um sämtlichen Provokationen aus dem Weg zu gehen.

Über Gegenwart und Zukunft ...

Von Martin Odernheimer

... machte sich am 7. Februar ein bunt gemischtes Publikum im Göttinger Erzählcafé so seine Gedanken. Etwa drei Dutzend Besucherinnen und Besucher, darunter Studierende, Berufstätige sowie Senioren, hatten den Weg in das Erzählcafé gefunden. Die inzwischen überregional bekannte Institution – „Am Goldgraben 14“ – wurde von der ersten Alten-Wohngemeinschaft in Niedersachsen ins Leben gerufen.



Bei der Alten-WG – übrigens eine Selbstbezeichnung – handelt es sich um ein bundesweit viel beachtetes Pilotprojekt. Es soll gemeinschaftliches Wohnen und selbstbestimmtes Leben im höheren Alter ermöglichen. Zu diesem Zweck stellte die Stadt Göttingen 1994 eine Jugendstilvilla in bester Wohnlage zur Verfügung. Die WG ist in der Rechtsform eines eingetragenen Vereins organisiert. Der Verein „Freie Altenarbeit Göttingen e.V.“ betreibt Öffentlichkeitsarbeit und bietet verschiedene Projekte an, unter anderem das Göttinger Zeitzeugenprojekt.

Für den Auftakt des Jahresprogramms 2018 hatte die Planungsgruppe Norbert Bernholt eingeladen. Sein Thema lautete „Wirtschaften für das Gemeinwohl“. Der 65-jährige Bernholt hat Volkswirtschaft und Theologie studiert und ist Geschäftsführer der in Lüneburg ansässigen „Akademie Solidarische Ökonomie“. Die Akademie wurde 2008 von engagierten Christinnen und Christen gegründet. Zum Gründerkreis gehören Theologen, die das Ende der DDR und die Wendezeit 1989 miterlebt haben. Die Akademie vereint Wissenschaftler verschiedener Disziplinen und vernetzt diverse zivilgesellschaftliche Organisationen. Der Fokus der Akademie liegt auf der existierenden Wirtschaftsordnung. Funktioniert sie wirklich so gut, wie gemeinhin behauptet wird? Ist sie wirklich alternativlos? Geht das überhaupt: Wachstum ohne Ende?

„Der Kapitalismus ist blind gegenüber sozialen, humanitären oder ökologischen Fragen“, meint Bernholt. *„Menschen werden zu Kostenfaktoren, die Natur ausgebeutet und andere Länder und Kulturen zu Zulieferern beziehungsweise Abnehmern degradiert.“*

Ursprünglich sollte die Ökonomie jedoch dafür zu sorgen, dass alle Menschen ein gutes Auskommen haben. Noch heute ließen sich in den Verfassungen einiger Bundesländer Textpassagen finden, die die Wirtschaft auf das Gemeinwohl verpflichten, sagt Bernholt. Doch die Realität ist eine andere. – Wie kann das sein?

Es kommt auf das gesellschaftsprägende Menschenbild an, sagt Bernholt. In der Gegenwart wird von meinungsbildenden

Ökonomen die neoklassische Theorie präferiert und an den Hochschulen gelehrt. Sie wird veranschaulicht durch das fiktive Wirtschaftssubjekt des „Homo oeconomicus“. In diesem Modell wird davon ausgegangen, dass der Mensch ein Nutzenmaximierer ist, der im ethischen Sinne hauptsächlich eigennützige Ziele verfolgt.

Im solidarischen Wirtschaftsmodell hingegen zeichnet den Menschen mehr aus. Zum Menschsein gehöre Achtsamkeit, Empathie, Solidarität und Kooperation. *„Wirtschaften heißt: sich sorgen“*, so Bernholt, sich um jemandes Wohlergehen kümmern sowie sich um den Erhalt des Ökosystems bemühen, in dem und von dem wir leben. Das mache den Kernunterschied zwischen den Wirtschaftsmodellen aus. Beide Modelle seien nicht kompatibel, erklärt Bernholt. Die Gesellschaft werde sich in Anbetracht der sozialen Spaltung und des Ressourcenraubbaus früher oder später entscheiden müssen, welchem Modell sie zukünftig den Vorzug geben möchte.

Auf der individuellen Ebene könne schon jetzt einiges getan werden. Bernholt verweist auf das „Mietshäuser-Syndikat“ und das Netzwerk „Solidarische Landwirtschaft“. Weitere Beispiele für solidarische Ökonomie sind lokale Tauschringe und Regionalgeld-Projekte. Bernholt entließ die Zuhörerschaft mit dem Hinweis, dass jeder beim täglichen Einkauf Verantwortungsbewusstsein beweisen könne, indem darauf geachtet werde, regional hergestellte oder – falls es Importware sein soll – fair gehandelte Lebensmittel einzukaufen.

Einsatz als Zeitzeugin

Von Marianne Wachtmann

Einer Reisegruppe von 30 Senioren aus Hamburg sollte ich anlässlich ihres Besuches in der „Wall Museum East Side Galerie“ am 5. 5. 2018 einige Ergänzungen zu dem Leben in der DDR aus meinem eigenen Erfahrungen schildern. Die Reiseleiterin orientierte auf die

Schwerpunkte Mauerbau und Fall der Mauer. Die Interessen der Senioren waren aber erheblich weiter gefächert. Es war auch leider nur eine Stunde dafür eingeplant. Der Rundgang durch die Ausstellung war erst nach meinem Vortrag vorgesehen. Die Art der Ausstellung entsprach nicht unbedingt den Interessen der älteren Generationen, daher wurde die Ausstellung ohne große Aufenthalte ziemlich uninteressiert im Schnelldurchlauf passiert. Für mich ergab sich dabei die Möglichkeit zu individuellen Gesprächen am Rande mit den Teilnehmern. Ein Schwerpunkt der Fragen war: „Warum haben so viele in Ostdeutschland die AfD gewählt?“ Ich konnte dazu einige Erklärungen geben. Allerdings war die Zeit viel zu kurz zu einer umfassenden Erörterung, um überzeugende Argumente

vorzubringen, die möglicherweise zu einer anderen Einsicht geführt hätten. Aber viele Besucher der Ausstellung, vorrangig Jugendliche, hatten ähnliche Probleme, die sie beschäftigten, zu denen sie aber hier keine Erklärung bekommen konnten. Ein Eintrag im Gästebuch der Ausstellung von jugendlichen Besuchern brachte das mit kurzem Text auf den Punkt. Zitat:“ Es ist traurig, dass genau aus der ehemaligen DDR die meisten Neonazis und AfD-Wähler hervorgehen, trotz was sie durchgemacht hatten und sie wissen ganz genau wo das enden kann.“ Dazu wären Erklärungen nötig, damit nicht viele Bürger Deutschlands und vor allem die Ostdeutschen für Nazis gehalten werden. Das Problem der Protestwähler mit Frust auf die Politik der Regierung erfordert m. E. auch bei uns als Zeitzeugen noch viel Erklärungsbedarf.

In eigener Sache

Suchmeldungen

Nr. 164/18 - Masterarbeit HU "Erwachsenenbildung" gesucht werden Frauen aus der DDR, Geburtsjahrgänge 1955 - 1965, die nach der Wende/Wiedervereinigung ihre Arbeit verloren haben und daher an Umschulungsmaßnahmen teilnehmen mussten, evt. arbeitslos geblieben sind oder in einen anderen Beruf wechselten.

Hinweis auf Zeitzeugenfilme

Ab 3.11.2018 jeden Samstag um 20:15 Uhr bis einschließlich 29.12 im RBB

🌸🌸🌸🌸🌸 **Gratulationen** 🌸🌸🌸🌸🌸

Wir gratulieren allen im September geborenen Zeitzeugen

07.09, Horst Kottenhagen, 08.09. Ruth Winkelmann, 16.09. Evelyn Heller-Zobel, 17.09. Hubert Bjarsch, 18.09. Joachim Seegert, 19.09. Klaus-Dieter Pohl, 24.09. Renata Behnert, 27.09. Jutta Petenati, 27.09. Siegfried Kaiser

Typowerk Design und Druck

BODONI Vielseithof, Buskower Dorfstraße 22

16816 NEURUPPIN/OT BUSKOW

☎ 033915109095, FAX: 030-28387568, Mail: info@bodoni.org

Ankündigungen

HALBKREIS Donnerstag. 20.9.18 um 15 Uhr

DDR-Anspruch und Wirklichkeit - Zeitraum 1958-1988

Udo Jeschke berichtet: Einschulung 1958 in der DDR, Vater aus Strassburg und Mutter aus Breslau. Beide lebten erst noch bis 1950 in Berlin, dann dienstverpflichtet nach Kyritz/Knatter, wo ich 1951 geboren, und 1958 eingeschult wurde. Meine Klassenlehrerin flüchtete 1961 nach Westberlin. Mit 12 Jahren erlebte ich, wie ein Landtierarzt (Vorwurf: Tötungsdelikt einer Frau und Kind beim Fahrradunfall) und 2 unbekannte Männer von meiner Mutter mit Kaffee und Kuchen bewirtet wurden. Das war ein SCHLÜSSELERLEBNIS. 1968 dann endlich fertig mit der Schule. ..August 68 Prager Frühling...und die Russen marschieren ein....Ich mit CSSR-Wimpel und Zeitung Rude Pravo in Richtung Innenstadt unterwegs. ---Meine ERSTE Verhaftung mit Hausdurchsuchung beim ersten Sekretär der SED Kreisleitung, meinem Vater...

Ankündigung zum Donnerstag 27.9.18 um 15 Uhr

“Den lebendigen Menschen sehen. Ein Stolperstein für Werner Sylten”

Vortrag des ehemaligen Thüringer Landesbischofs Professor Christoph Kähler

Zum 75. Todestag Werner Syltens im vorigen Jahr hatte Herr Kähler in der Thüringer Landesvertretung einen seine Zuhörer faszinierenden Vortrag gehalten und seither sind wir bemüht, ihn auch für unsere Arbeit zu gewinnen. Aber er wollte immer noch weiter daran arbeiten. Sylten war nach den “Nürnberger Gesetzen” ein sogenannter „Halbjuden“ und hatte nach seiner Verweisung aus Thüringen als Leiter des „Büro Pfarrer Grüber“ in Berlin die Möglichkeit, nach England auszureisen. Er verzichtete darauf zugunsten anderer, die “es nötiger” hätten. So wurde er 1941 in Berlin verhaftet, in das KZ Dachau überführt und schließlich in einer „Euthanasieanstalt“ bei Linz getötet. Mit diesem Mord endete das Leben eines bedeutenden Sozialpädagogen. Seine ursprüngliche Arbeit als Pfarrer und Heimleiter in Thüringen hatte familiengelösten jungen Frauen ermöglicht, ein neues Leben zu beginnen. Der Vortrag wird sich vor allem mit dieser erstaunlichen Lebensleistung Syltens beschäftigen.

Moderation: Eva Geffers

Veranstaltungsort: Amerikahaus am Bahnhof Zoo, Hardenbergstr. 22, 10623 Berlin

Impressum

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder!

V.i.S.d.P: Hans-Dieter Robel, Redaktion: Eva Geffers, Layout: Jacob Geffers

ZeitZeugenBörse e.V., Togostr. 74, 13351 Berlin, ☎030-44046378, FAX: 030-44046379

Mail: info@zeitzeugenboerse.de– www.zeitzeugenboerse.de

Bürozeiten: Montag, Mittwoch, Freitag 10 – 13 Uhr

Redaktionsschluss ist der 15. des Monats vor jeder Ausgabe. Kürzungen und Bearbeitungen der Beiträge bleiben der Redaktion vorbehalten. Den Wunsch nach Kontrolle vor der Veröffentlichung bitte extra und mit Tel.-Nr. vermerken.

Über Spenden freuen wir uns sehr: Bank für Sozialwirtschaft

BIC: BFSWDE33BER

IBAN: DE83100205000003340701

Die ZeitZeugenBörse e.V. wird gefördert von der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales